



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

86. Sitzung (öffentlich)

27. Oktober 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:33 Uhr bis 11:04 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit
und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen** **3**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15255

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, am 12. Januar 2022 eine Anhörung durchzuführen und dazu zwei Sachverständige pro Fraktion zu benennen.

- 2 Mehr politische Beteiligung beim Klimaschutz – Einsetzung eines Klima-
bürgerrates für NRW!** **4**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13062

Ausschussprotokoll 17/1526 (*Anhörung am 15.04.2021*)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

3 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

5

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt einstimmig eine Informationsfahrt ins Braunkohlenrevier vom 18. bis zum 19. Januar 2022 mit Übernachtung und Durchführung einer auswärtigen Ausschusssitzung am 19. Januar 2022 um 10:00 Uhr. Jedes ordentliche Ausschussmitglied soll mitfahren können – im Verhinderungsfall ist eine Vertretung vorzusehen – sowie die Fraktionsreferenten auf Fraktionskosten.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5520 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5784 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/5873

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt mit der Landesregierung überein, dass sie zu den Tagesordnungspunkten „Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW“, „Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und „Einsturz eines Windrades in einem Wald bei Haltern am See“ im Nachgang schriftlich berichtet.

5 Verschiedenes

14

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5520 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5784 (Einführungsbericht)
Vorlage 17/5873

(Der Gesetzentwurf wurde am 08.09.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.)

(Da der Minister noch nicht anwesend ist, unterbricht der Ausschuss seine Sitzung von 9:46 Uhr bis 9:52 Uhr.)

Frank Sundermann (SPD) betont, das Know-how und die Netzwerke der Energie-Agentur.NRW dürften nicht verloren gehen. Die SPD-Fraktion begrüße, dass die Landesregierung zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen insbesondere zur Energieversorgung digitalisiere und vereinfache. Allerdings weise auch der BDW darauf hin, dass die Genehmigungsbehörden mehr Personal brauchten. Nach dem Beispiel von Schwerpunktstaatsanwaltschaften könnte es zukünftig vielleicht auch Schwerpunktgenehmigungsbehörden geben. Dabei dürfe eine Entfesselung nicht zum Schleifen der Arbeitnehmerrechte führen.

Unternehmensgründungen lösten Innovationsschübe aus. Allerdings stelle das IfM für Nordrhein-Westfalen von 2017 bis 2020 ein Viertel weniger Gründungen fest, wobei Nordrhein-Westfalen auch schon im Jahr 2019 vor Corona auf dem letzten Platz im Ländervergleich gelegen habe.

Die Rohstoffversorgung für die Unternehmen machten eine Rohstoffstrategie wie etwa in den anderen Flächenländern Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erforderlich.

Auf eine Ladesäule kämen in Nordrhein-Westfalen 1.300 Pkw, womit Nordrhein-Westfalen schlechter liege als Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen sowie der Bundesdurchschnitt.

Die Erzeugung erneuerbarer Energien habe die Landesregierung erst nach dem Abschluss des Koalitionsvertrags als Aufgabe für sich erkannt. Gerechnet auf 1.000 Einwohner liege Nordrhein-Westfalen beim Ausbau allerdings auf dem letzten Platz. Er resümiert, die Landesregierung besetze wichtige Zukunftsfelder wie schon in den vorangehenden Haushalten nicht wie erforderlich.

Matthias Goeken (CDU) widerspricht, im letzten Haushalt habe Rot-Grün nur 1,1 Milliarden Euro für das Ministerium vorgesehen, wohingegen der vorliegende Haushaltsentwurf nach kontinuierlichen Steigerungen mit der Rekordsumme von 2,7 Milliarden Euro beweise, dass Wirtschaft und Energie zukunftsorientiert verfolgt würden. Er bezeichnet den Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Digitalisierung der Verwaltung als große Bausteine, die viel Geld und auch viel Personal erforderten.

Das Klimaschutzgesetz schreibe klimaneutrale Wirtschaft und Wasserstoffwirtschaft als ambitionierte Ziele fest, die in den nächsten zwei Jahrzehnten erreicht werden müssten. Innovationen könnten zur erfolgreichen und ökologisch gestalteten Zukunft beitragen. Der Mittelansatz für Energiewende und Klimaschutz sei gegenüber dem Vorjahr verdoppelt worden und liege im Vergleich zum rot-grünen Haushalt um das 14-Fache höher.

Die geringe Zahl an Gründungen gehe auch auf den Fachkräftemangel zurück, wobei Nordrhein-Westfalen mit Blick auf die sozialversicherungspflichtigen Verhältnisse weit aus besser dastehe als vor der Coronakrise, zumal man die Aufgaben im Handwerk nicht digitalisieren könne, sondern nach wie vor Menschen brauche.

Er verweist auf das Programm Energiesparer NRW, die Landesförderung von privaten Ladesäulen für Elektroautos, PV-Batteriespeicher, Wasserstoff- sowie weitere Klimaschutztechniken. Viele Unternehmen hätten die Coronakrise dafür genutzt, über Verbesserungen nachzudenken, und zwar zuallererst über CO₂-Einsparungen, für deren Analyse die Betriebe gefördert würden. Er hält Rot-Grün vor, zu wenig aktiv geworden zu sein.

In den Jahren 2020 bis 2022 gebe es Konjunkturimpulse von mehr als 227 Millionen Euro aus den Coronamitteln für Energie und Klimaschutz, was er als wichtiges Zeichen für grünes Wachstum und eine zukunftsorientierte Standortpolitik bezeichne.

Handwerker scheuten vor der Selbstständigkeit vor allen Dingen mit Blick auf die hohen Bürokratieauflagen zurück, wobei Bürokratieabbau zu großen Teilen durch den Bund erfolgen müsse. Nordrhein-Westfalen habe in acht Entfesselungspaketen schon über 100 Regelungen abgeschafft, wovon die Unternehmen und das Handwerk profitieren könnten.

Er resümiert, der Haushaltsentwurf stelle eine exzellente Grundlage für die aktuellen Herausforderungen dar, um daraus Chancen für das Land, die Menschen, die Beschäftigten, ihre Familien und die Unternehmen zu ermöglichen.

Wibke Brems (GRÜNE) erinnert daran, das Programm Energiesparer NRW sei 2004 vom damaligen Minister Vesper aufgelegt worden und werde von der Landesregierung weitergeführt, was sie begrüße. In der Tat spreche man über einen beachtlichen Mittelaufwuchs, der aber eine klare Fokussierung auf die Zukunftsaufgaben vermissen lasse wie etwa mit Blick auf die notwendigen Aufstockungen der Mittel für die Förderprogramme zur Energiewende und für kommunale Klimaschutzinvestitionen.

Die Landesregierung hebe zwar die Bedeutung der klimaneutralen Industrie hervor, hinterlege aber weder die Titelgruppe mit Geld, noch erhöhe sie die Mittel für progres.nrw. Ein Großteil des Mittelaufwuchses fließe in den Strukturwandel im Rheinischen Revier

und in die Erfüllung der Pflichten aus dem Strukturstärkungsgesetz. Beim Klimaschutz handele es sich zwar um den Auslöser für den Kohleausstieg, gleichwohl sich bei den Investitionen in den Strukturwandel nicht um direkte Klimaschutzinvestitionen, denn es gehe mehr um Wirtschaftsförderung. Insofern dürfe man diese Mittel auch nicht als Klimaschutzinvestitionen verkaufen.

Die Landesregierung plane weiterhin 30 Millionen Euro für die Fernwärmeschiene Rhein-Ruhr ein, obwohl das Projekt nach Auskunft der Landesregierung bereits im ersten Quartal dieses Jahres beendet worden sei.

Sie begrüße die weitere Unterstützung von OWL, könne aber nicht nachvollziehen, dass die Landesregierung für das Jahr 2022 10 Millionen Euro ansetze, darüber hinaus aber eine Verpflichtungsermächtigung über 40 Millionen Euro für die nächsten zwei Jahre vorsehe.

750.000 Euro sehe die Landesregierung für das neue Institut zur Förderung der freien Berufe und des Mittelstands vor, sodass sie um Darstellung seines genauen Ziels bitte, zumal es sich um eine GmbH handele und ihr Geschäftsführer zugleich der Geschäftsführer des Verbandes sei, was sie für intransparent halte.

Sie resümiert, die Ankündigung der Landesregierung passt nicht zum Haushalt, der sich zudem nicht transparent nachvollziehen lasse und sich nicht auf die großen Herausforderungen des Klimaschutzes fokussiere.

Christian Loose (AfD) stellt fest, nach der Ankündigung einer zukunftsfesten Energie- und Klimaschutzpolitik kündige die Landesregierung nun nur noch eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik an, womit sie ihre Ziele selbst immer weiter zurücknehme. Zudem ziehe sie als messbare Größe allein die verausgabten Mittel heran, ohne dass es auf die Nachfrage der Bürger, den damit erzielten Nutzen und die Qualität ankomme. Die Koalition rühme sich damit, 600 % über der Sollerfüllung von Rot-Grün zu liegen, weise aber keine messbaren Erfolge vor.

Stattdessen spreche der GdW mit Blick auf 500 Milliarden Euro zur energetischen Gebäudesanierung von einer Vernichtung, weil sie nicht zu einer messbaren CO₂-Einsparung führe, sondern lediglich das Bauen verteuere, preiswerten Wohnraum im Bestand vernichte und Sondermüll produziere. Klimaschützende Maßnahmen trügen nur insoweit zur Kostenersparnis bei, wie die Landesregierung im Erläuterungsband formuliere, als sich die Bürger etwa das Autofahren nicht mehr leisten könnten.

Die Politik der Landesregierung charakterisiere sich durch das Motto „Reich gegen Arm“, die das Stellensoll zudem von 3.211 auf 4.295 erhöhe; jedenfalls in der Verwaltung führe Klimaschutz also zu mehr Jobs. Zudem fantasiere die Landesregierung über Speichersysteme, obwohl es keine Fortschritte gebe und das mit großem Getöse angekündigte Projekt Salzwärmespeicher still und heimlich beerdigt worden sei. Trotzdem plane die Landesregierung weiterhin sinnlose Pumpspeicherkraftwerke. Er attestiert der Landesregierung einen Tunnelblick auf Klimaschutz, die zudem nach dem Gießkannenprinzip fördere.

Ralph Bombis (FDP) betont eingangs, die Menschen in Nordrhein-Westfalen sollten sich fortbewegen können, wie sie wollten. Die FDP-Fraktion erkenne keinen Gegensatz zwischen Beschleunigung und Arbeitnehmerrechten, sondern als Chance zur Sicherung der Arbeitsplätze. Die Verwaltung brauche gut qualifiziertes Personal, um das sie auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren müsse. Auch könne die Digitalisierung Genehmigungsverfahren beschleunigen.

Er hält Wiebke Brems entgegen, die Koalition sei sich nicht zu schade, erfolgreiche Initiativen weiterzuentwickeln. Der Haushalt widme sich zudem sehr wohl der Weiterentwicklung der Industrie in Richtung Klimaschutz und dem kommunalen Klimaschutz; habe Schwarz-Gelb die Mittel für den Klimaschutz seit dem Jahr 2017 doch mehr als versiebenfacht. Er verweist auf die neue Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate, die Mobilisierung zusätzlicher Mittel auf allen Ebenen sowie den Ausbau der Massenförderprogramme zur emissionsarmen Mobilität, für Klimaschutztechnik, für kommunalen Klimaschutz und Innovation.

Die Koalition verstärke auch die Förderung von PV-Anlagen und sehe den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft als zentrales Handlungsfeld, um Wasserstoffmodellregion Europas zu werden, die industriellen Strukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dabei arbeite der Minister von Anfang an mit der breiten Unterstützung der Koalition, die mit der Stärkung des Ressorts die Wirtschaft wieder in den Mittelpunkt der Regierungsarbeit gerückt habe. Dadurch schließe NRW im Ländervergleich wieder auf und trage nun nicht mehr die rote Laterne.

Auch Nordrhein-Westfalen sei von Corona hart getroffen worden, aber bei der Unterstützung durch Hilfsmaßnahmen anderen Bundesländern vorangegangen, ohne dabei die Pflichtaufgaben zu vernachlässigen. Stattdessen habe der Minister die Interessen des Landes auch mit Blick auf das Rheinische Revier sehr gut in Berlin vertreten, sodass der Strukturwandel gut gelingen und zugleich Klimaschutz durch den vorgezogenen Kohleausstieg sichergestellt werde.

Über die Entfesselung versetze die Koalition die Wirtschaft in die Lage, auch in Zukunft Arbeitsplätze zu sichern, und setze mit der Digitalisierung und dem industriepolitischen Leitbild die richtigen Impulse. Sie fördere Handwerk und Mittelstand auch weiterhin und biete die notwendigen Perspektiven. Den freien Berufen komme eine ungeheure Bedeutung als Wirtschaftsfaktor zu, sodass er es für ein wichtiges Signal halte, ihnen die Möglichkeit einzuräumen, ihre Positionen zu begleiten.

Er resümiert, der starke Haushalt biete eine gelungene Grundlage, um NRW nach der Coronakrise auf seinen starken Weg an die Spitze zurückzuführen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) sieht neben großen Herausforderungen unglaublich viele Chancen, denn alle hätten viel dazugelernt, was auch für seine Partei gelte, weil sich die Problemstellungen geändert hätten – zuletzt massiv mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts mit Blick auf das Klimaschutzgesetz des Bundes. Noch im Jahr 2017 hätte er sich sehr über den Vorschlag gewundert, Nordrhein-Westfalen bis 2045 klimaneutral zu machen. Um das Ziel zu erreichen,

müssten viele Voraussetzungen geschaffen werden wie etwa die Beschleunigung von Planungsgenehmigungsverfahren.

Bei Ökologie gehe es längst nicht mehr um umweltspezifische Fragestellungen, sondern um die Durchdringung aller Lebensbereiche und damit auch der Wirtschaft mit Nachhaltigkeit und Klimaschutz, was er als Neoökologie bezeichne. Der Landesregierung sei es gut gelungen, den Konflikt zwischen Wirtschaft und Umwelt zu überwinden; werde doch heute nicht mehr die Industrie von der Politik zu Veränderungen angehalten, sondern umgekehrt.

Wenn die Transformation nicht wesentlich schneller gelinge, die auch die Industrie wolle, werde Nordrhein-Westfalen aus dem Markt laufen, weil andere Länder weltweit bessere Voraussetzungen hätten, um sich Wettbewerbsvorteile zu verschaffen; so verfüge Frankreich über Atomenergie oder andere Länder über die natürlichen Voraussetzungen zur Gewinnung erneuerbarer Energien.

Zwar sei Deutschland Trendsetter bei den erneuerbaren Energien gewesen, die aber mittlerweile auch andere Länder gewinnen könnten, sodass es nun zum einen gelte, diesen Wettbewerbsvorteil zu erhalten, und zum anderen, sie schnellstmöglich für den industriellen Einsatz bereitzustellen. Dies erfordere den Ausbau der Netze, der Stromnetze und der Wasserstoffnetze. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern habe Nordrhein-Westfalen mit NRW.Energy4Climate einen Thinktank gegründet und Industrie, Wissenschaft und Politik früh zu Leitprojekten zusammengeführt.

Im Kontext mit dem vorzeitigen Kohleausstieg gebe es die Energieversorgungsstrategie für Nordrhein-Westfalen, die auch an den Bund wichtige Impulse gesendet habe und wie angekündigt überarbeitet werde, die Wasserstoffroadmap sowie die Carbon-Management-Strategie. Die Landesregierung werde noch in diesem Jahr die Rohstoffstrategie für Nordrhein-Westfalen vorlegen, denn neben ihrer Verknappung durch den weltweiten Wiederanstieg der Wirtschaft nach Corona bestünden auch strategische Engpässe, auf die der Club of Rome bereits vor 50 Jahren hingewiesen habe; so gebe es seit 1956 eine Verdreifachung der Weltbevölkerung und sogar eine Vervierfachung des Ressourcenverbrauchs.

Trotz des Umstiegs auf erneuerbare Energien werde weltweit für eine Übergangsphase um fossile Rohstoffe gekämpft werden, sodass die Rohstoffpreise stiegen. Ernsthafter Klimaschutz, Ressourcenschutz und eine nachhaltige Wirtschaft führten also auf lange Sicht zu niedrigeren Preisen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Lange Übergänge würden allerdings zu einer doppelten Benachteiligung führen, nämlich durch hohe Preise der bisherigen Technologien sowie noch hohen Preisen der neuen. Die Wucht könne mit großer Veränderung kommen, die auch globale Führer herausfordere, schneller auf die neuen Technologien umzustellen und sie auch im großen Stil liefern zu können, wodurch die Kosten und damit auch die Preise sanken, wie Tesla vormache.

Wohlstand für eine große Zahl von Menschen mache die Bewältigung der großen Herausforderungen erforderlich, wobei es eben nicht nur um CO₂ gehe. Dies könne noch organisiert werden, müsse aber unglaublich beschleunigt geschehen. Nordrhein-Westfalen mit seinen energieintensiven Unternehmen sei besonders betroffen, wobei

er die Bereitschaft der Unternehmensführungen, der Gewerkschaften, der Wissenschaft und der Politik erkenne, diese Herausforderungen anzunehmen, wofür es in Nordrhein-Westfalen bereits gute Beispiele gebe.

Der Haushalt wachse auch deshalb so stark, um Voraussetzungen für den vielfältigen Transformationsprozess zu schaffen. Weitere Steigerungen werde er möglicherweise beim Wasserstoff erfahren, weil die Landesregierung bislang noch nicht wisse, wie viele Unternehmen es am Ende geben werde. Deshalb wünsche sich die Landesregierung die klare Zusage des Landtags, in allen Fällen die Kofinanzierung zu leisten. Auch der Bund habe in seinem Haushalt nur einen geringen Ansatz veranschlagt, weil eben zuerst die EU über die Projekte und die Höhe entscheiden müsse. Erst danach könne man die haushaltsmäßigen Voraussetzungen schaffen, für die das Land erhebliche Mittel werde bereitstellen müssen. Gegenüber dem Bund müsse sich das Land für eine Verringerung des Anteils der Länder einsetzen, die die Hauptlast trügen.

Mit Blick auf die PV-Anlagen halte er den Einwohnerschlüssel nicht für ein geeignetes Vergleichskriterium, denn wie bei der Windkraft gehe es hauptsächlich um die Ressource Fläche, wobei Nordrhein-Westfalen im Vergleich nicht schlecht wegkomme. Gleichwohl gebe es noch ein riesiges Potenzial auf Dachflächen, Freiflächen sowie auf industriell und gewerblich genutzten Flächen. Die Unternehmen änderten ihre Strategie wie etwa Mercedes in Düsseldorf, das diesen Standort klimaneutral machen wolle, wozu auch der Ausbau von PV-Anlagen gehöre. Mit der überarbeiteten Energieversorgungsstrategie werde deutlich, dass Photovoltaik einen deutlich höheren Anteil haben müsse. Nordrhein-Westfalen zeige sich in den letzten vier Jahren beim Ausbau von Windkraft und Photovoltaikanlagen dynamischer als der Bundesdurchschnitt.

In rot-grüner Regierungszeit seien die freien Berufe auch auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen in die Gründerstatistik des Instituts für Mittelstandsforschung aufgenommen worden und hätten sie aufgrund der sehr hohen Dynamik sehr positiv beeinflusst, was die Bedeutung der freien Berufe für die Politik und die Gesellschaft unterstreiche. Sie unterlägen durch die Digitalisierung und etwa dem Einsatz künstlicher Intelligenz einem erheblichen Transformationsprozess und müssten neben ihrer zukünftigen Arbeit auch ihre Verfasstheit strategisch anpassen. Wie auch die Vorgängerregierung setzte sich Schwarz-Gelb für die Handwerksbetriebe ein; diese Aufmerksamkeit hätten auch die freien Berufe verdient.

Mit Ausnahme des Dachraums gebe es Strukturen wie in Deutschland auf europäischer Ebene aber weder im Handwerk noch bei den freien Berufen. Auch seine Partei habe in der Zwischenzeit gelernt, dass die Privatisierung die Gefahr berge, die starke berufliche Bildung und den Mittelstand als Wert an sich infrage zu stellen. Deshalb dürfe man neben der Pflege des Handwerks auch die Wertschätzung der freien Berufe nicht vernachlässigen, damit sie sich in Zeiten massiver Veränderungen weiterentwickelten. Das Institut könne bei der Bearbeitung dieser Fragen und die Politik bei der richtigen Weichenstellung unterstützen, zumal die anderen Mitgliedstaaten der EU ein anderes Verständnis als Deutschland hätten.

Er befürchte kein Problem des Transfers des Know-hows der EnergieAgentur, weil die beiden Agenturen hinter der EnergieAgentur bei den Ausschreibungen sehr erfolgreich gewesen seien, deren Folgeaufträge nicht mit dem Jahr 2022 endeten, sondern mittelfristig

weiterliefen, sodass ihre Mitarbeiter auch in Zukunft in erheblichem Umfang weiterbeschäftigt würden, um die ausgeschriebenen Aufträge zu bearbeiten, wofür er sich erfolgreich persönlich sehr eingesetzt habe. Der Zeitraum stelle sicher, dass die Mitarbeiter eine gute Zukunft fänden und der Austausch gesichert werde, wobei selbstverständlich auch die rechtlichen Möglichkeiten des Austauschs genutzt würden.

Wibke Brems (GRÜNE) widerspricht, 50 % der bei der Energieagentur Beschäftigten hätten bereits eine neue Perspektive und seien damit verloren. Die von anderen Bundesländern neidisch betrachtete Arbeit könne mit deutlich weniger Personal nicht fortgesetzt werden.

Sie erwidert Ralph Bombis, selbstverständlich seien ihr als Ingenieurin die freien Berufe nicht egal, sondern ihre Fragen richteten sich auf die Verwendung des neuen Titels, wobei man mit 750.000 Euro nicht allzu viel erreiche und der Herausforderung nicht gerecht werde. Dabei halte sie ein solches Institut an sich gar nicht für falsch, sondern hinterfrage die Verflechtungen im Hintergrund und ob man die Ziele tatsächlich erreiche.

Wenn sie es selbst auch nicht so benannt habe, spreche sie das Problem von Green Leakage doch schon seit Jahren an, was die Landesregierung aber nie ernst genommen habe. Es drohe die Abwanderung der Industrie, wenn man die erneuerbaren Energien nicht in ausreichendem Maße ausbaue, um den Bedarf zu decken, der zudem steige. Durch die Versäumnisse der Vergangenheit auf Bundes- und Landesebene gebe es möglicherweise schon jetzt nicht mehr vermeidbare Verluste. Schwarz-Gelb dürfe zudem nicht alle notwendigen Maßnahmen für den Strukturwandel im Rheinischen Revier automatisch für den Klimaschutz verbuchen.

Christian Loose (AfD) wirft dem Minister vor, bei der Marktpreisentwicklung zu kurz zu denken. Nachdem der Energiemarkt durch subventionierte Windenergie- und PV-Anlagen überschwemmt worden sei, hätten die Betreiber von Kohlekraftwerken ihre Produktion heruntergefahren und weniger Kohle bestellt, was heute zu Verknappungen führe. Ähnliches gelte für Gaskraftwerke, für die man ebenfalls im Voraus gewisse Liefermengen buchen müsse. Die Gasspeicher, die in der Regel im Sommer aufgefüllt würden, hätten in diesem Jahr aber den Ausfall der erneuerbaren Energien auffangen müssen, sodass die Gasmenge nun fehle.

Mit dem Green Deal werde die EU mit 1,8 Billionen Euro Windenergie- und PV-Anlagen subventionieren, während Ölkonzerne dazu gebracht würden, keine Exploration mehr zu betreiben, was die Situation auf dem Markt weiter zuspitze, während die EU eine Strafe von 500 Millionen Euro pro Tag verhängte, um den Tagebau an der deutsch-polnischen Grenze einzuschränken. Die Bundesnetzagentur senke die Rendite für den Netzausbau und die Netzwartung, sodass die Netze zerfielen, was neben Stromschwankungen ebenfalls zu einem Blackout führe.

Die Stromversorgung der angedachten Elektroautos für 10 % der Bevölkerung erfordere erheblich mehr Transformatoren, wenn man das Aufladen nicht wie in Großbritannien zeitlich einschränken wolle. Auch die Ressourcenknappheit durch den Ausstieg aus

der Kernkraft werde das heutige Maß völlig in den Schatten stellen und Nordrhein-Westfalen völlig unvorbereitet treffen.

Ralph Bombis (FDP) betont, der Strukturwandel im Rheinischen Revier finde doch nur statt, um den Klimaschutz voranzubringen. Die Sicherung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen bezeichnet er als wesentlichen Kern des Transformationsprozesses, um die Menschen nicht alleinzulassen und zugleich dem Klimaschutz zu genügen. Insofern hielte er es für völlig sinnlos, klimaschädliche Strukturen aufzubauen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) unterstreicht, selbstverständlich diene der Strukturwandel im Rheinischen Revier dem Klimaschutz. In der Leitentscheidung aus dem Jahr 2016 finde sich wenig Organisation des Strukturwandels durch das Land; allerdings habe Rot-Grün für den Klimaschutz sowieso nicht so viel wie notwendig getan. Den notwendigen Strukturwandel, zu dem das Land viel beitrage, unterstütze der Bund massiv, wobei diese Mittel für den Klimaschutz als Leitmotiv für das Rheinische Revier und die vielen damit verbundenen Projekte verwendet würden. Dabei gehe es auch um die Transformation der energieintensiven Energie hin zur Klimaneutralität und damit um ihre Erhaltung am Standort Nordrhein-Westfalen.

Der Ausschuss kommt mit der Landesregierung überein, dass sie zu den Tagesordnungspunkten „Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW“, „Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und „Einsturz eines Windrades in einem Wald bei Haltern am See“ im Nachgang schriftlich berichtet.